

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/3694

24.9.2024

An den
Bildungsausschuss
des Landes Schleswig-Holstein
Landeshaus Herrn Martin Habersaat
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Als Mail übermittelt an
bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

**Stellungnahme zum Antrag Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsangebots zu
Erste-Hilfe-Maßnahmen an Schleswig-Holsteins Schulen**

Antrag der Fraktion des SSW, [Drucksache 20/2317](#)

Erste-Hilfe-Maßnahmen gemeinsam mit Rettungsdiensten weiterentwickeln, Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 20/2369](#)

Sehr geehrte Herr Habersaat,
sehr geehrter Herr Schmidt,
sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zum Antrag eine Stellungnahme abgeben zu können.

Der RBZ-Verband unterstützt die Idee die „Ersten Hilfe“ früh anzulegen und auch die Ausbildung staatlich zu unterstützen. Bei der Umsetzung sind jedoch Details zu berücksichtigen, die wir gerne anmerken möchten.

Grundsätzlich gibt es zahlreiche wichtige / sinnvolle / interessante Themen, die alle in (Berufsschul-)Unterricht integriert werden könnten. Die Rückmeldungen unserer Lehrkräfte verstärken sich allerdings immer mehr auf den Tenor: „Mir würde es schon reichen, wenn

die Schülerinnen und Schüler die Grundrechenarten beherrschen und sinnerfassend mehrere Sätze lesen können“. Dies ist zugegeben sehr vereinfacht und zugespitzt, dennoch halten wir diese Aussage inhaltlich für ein Teil-Ergebnis der verbreiteten Idee, die immer mehr „Wichtiges“ in den Unterricht integrieren möchte.

An vielen Stellen wird die Erste Hilfe als Angebot an berufsbildenden Schule bereits integriert, z.B. die Truppmann- / Truppfrau - Ausbildung an vielen Standorten mit einer BFS I, oder Teilaspekte wie die Kooperation mit lokalen Anbietern oder Kliniken z. B. die Aktion "Schüler retten Leben", bei der die Reanimation im Vordergrund steht oder Verkehrssicherheitstage mit entsprechenden Angeboten in der Ersten Hilfe.

Dies Angebote erfolgen ausgewählten Klassen; dort wo es passt und nicht flächendeckend.

Wir sprechen uns gegen eine verpflichtende Einführung aus, die das Kerngeschäft der beruflichen Bildung weiter belastet, zugunsten machbarer und freiwilliger örtlicher Initiativen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Sven Mohr, Vorsitzender